

# Nah am Arbeitsmarkt bleiben

2014 ist das «Jahr der Berufsbildung». Das ist gut. Doch wo besteht Handlungsbedarf? Die wichtigsten Ziele und Massnahmen aus Arbeitgebersicht. **Jürg Zellweger**



Bild: Rob Lewis

*Jürg Zellweger ist Mitglied der Geschäftsleitung des Schweizerischen Arbeitgeberverbands.*

Die politische Elite im Land schätzt die Berufsbildung oder weiss zumindest, dass mit diesem Thema Sympathien in der Bevölkerung geschaffen werden können: Bundespräsident Didier Burkhalter hat in seiner Neujahrsansprache die Berufslernenden in seinem Departement namentlich erwähnt. Auch der amtierende «höchste Schweizer», Nationalrats-Präsident Ruedi Lustenberger, hat in seiner Antrittsrede das duale Berufsbildungs-System als Lebensschule par excellence hervorgehoben. Und Wirtschafts- und Bildungsminister Johann Schneider-Ammann hat mit Blick auf die Berufsmeisterschaften «Swiss Skills» 2014 zum «Jahr der Berufsbildung» erklärt. Doch welche Themen sind in diesem Bereich anzugehen? Aus Arbeitgebersicht gilt es folgende Schwerpunkte zu setzen:

Erstens sollte das Jahr der Berufsbildung genutzt werden, um letztere als hochwertige Bildung für alle Wirtschaftssektoren und als Sprungbrett für Karriere und Weiterqualifikation besser in den Köpfen zu verankern. Viele Fakten sprechen für die Berufsbildung, doch es braucht besondere Anstrengungen, um ihr gesellschaftliches Prestige zu erhöhen – speziell wenn es um die Wahl von Beruf und Ausbildung geht. Zudem sollten die zuständigen Verbände die Ausbildungen laufend bedürfnis- und bedarfsgerecht weiterentwickeln, damit ihre hohe Qualität erhalten bleibt.

Zweitens muss die Leistungsfähigkeit der Berufsbildung international bekannter werden.

Hier muss die Schweiz endlich mit dem «Kopenhagen-Prozess» vorwärts machen: Die Kompetenzen von Abschlüssen sind europaweit transparent darzustellen und gegenüber den Arbeitgebern entsprechend zu kommunizieren. Es muss klar aufgezeigt werden, dass Lernen als Kombination von Praxiserfahrung und Theorie zu sehr guten Ergebnissen führt. Die Diskussionen um Berufstitel in der höheren Berufsbildung, die sich an die akademische Welt und deren Prestige anlehnen, sind zwar verständlich, besonders wenn es in Sachen Transparenz nicht vorwärts geht. Aber: Holt man sich mit akademisch klingenden Titeln nicht auch die entsprechende akademische Logik ins «Berufsbildungs-Haus» – quasi als trojanisches Pferd? Drittens verdient die höhere Berufsbildung endlich eine systematische öffentliche Finanzierung, die das private Engagement der Studierenden und ihrer Arbeitgeber angemessen ergänzt. Der heutige Subventions-Wirrwarr ist nicht mehr haltbar. Gesicherte Rahmenbedingungen in der höheren Berufsbildung können auch dazu beitragen, die Grundbildung nicht zu überladen. Die öffentliche Hand sollte die Teilnehmer entlasten, sich aber aus der Gestaltung der Kurse und der Bildungsgänge heraushalten. Daher kommt bei eidgenössischen Prüfungen eigentlich nur eine direkte Unterstützung der Betroffenen in Form von pauschalen Rückvergütungen oder Darlehen infrage. Auch hier gilt es, bald die nötigen Grundsatzentscheide zu treffen.

Last but not least: Bei allen berufspolitischen Massnahmen sollte man auf ihre Hauptakteure fokussieren. Die individuellen Entscheidungen und Investitionen der Lernenden und der Unternehmen bestimmen letztlich die Attraktivität und Zukunft der Berufsbildung. Angesichts der vielen Stakeholder in dieser Szene und der Verlockungen für die Politik, sich auch in diesem Bildungsbereich inhaltlich einzubringen, ist diese Forderung wichtig. Denn: Die Weiterentwicklung des Berufsbildungs-Systems muss sich immer am Arbeitsmarkt und den Bedürfnissen seiner Akteure orientieren. ■